



Kreisverband Nordhausen

Telefon: 03631-982289

Telefax: 03631-983996

e-mail: FDP-Nordhausen@fdp.de

Internet:

www.fdp-thueringen.de/nordhausen

24. Februar 2009

Andreas Klaschka

Direktkandidat im Wahlkreis 189
Listenplatz 5

Persönlich:

Kirchberg 26

99734 Nordhausen

Telefax 03631 894928

E-Mail-Adresse: andreas.klaschka@gmx.net

Offener Brief

**Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren Minister,**

ich wende mich als FDP Direktkandidat des Wahlkreises 189 Nordhausen; Eichsfeld; Unstrut–Hainich, in der Sorge über ausufernde wirtschaftsfeindliche Bürokratie und die weitere Kostenbelastung der Thüringer Bürger in meinem Wahlkreis an Sie, da der Entwurf des Energieeffizienzgesetzes zur Beratung den Ländern vorgelegt wurde, mit der Bitte, diesem Entwurf in der vorliegenden Fassung im Bundesrat nicht zuzustimmen.

Dieser Entwurf ist in der vorliegenden Form kein taugliches Mittel um uns beim Klimaschutz voran zu bringen. Er ist eine Ohnmachtserklärung der Bundesregierung bestehend aus Bürokratie und Aktionismus und nicht einmal das Wirtschafts- und das Justizministerium sind gewillt, diesen Entwurf so mitzutragen.

Selbst die Planwirtschaft der DDR ist nicht auf derartig praxisfremde Ideen verfallen.

Machen Sie sich bitte klar, was z. B. die Forderung an die Tankstellenpächter bedeutet, Organisation von Schulungen mit praktischen Fahrübungen mindestens einmal pro Monat anzubieten -allein an logistischem Aufwand - zumal sie ja auch dafür Sorge tragen müssen, das der Teilnehmerkreis auf ein wirksames Maß begrenzt wird.

Oder nehmen Sie die Verpflichtung der Energieunternehmen aussagekräftige Daten über das Profil **aller oder bestimmter Endkunden** bereitzustellen, etwa deren Verbrauch, Lastprofil, Segmentierung oder Standort. Wobei die Behörde entscheidet was aussagekräftig ist.

Ganz nebenbei werden Betrüger dieses Feld der „Datenerhebung „ sicher schnell für sich entdecken – schließlich muss man den Endkunden ja über mögliche Effizienzmaßnahmen beraten z: B. indem man feststellt welche Altgeräte vorhanden sind und erneuert werden müssten.

Die Belastungen, die auf die Bürger indirekt (Steuermittel für die neue Behörde) und direkt (ca. 380.000 Euro jährlich nur für die Informations- und Berichtspflichterfüllung) im Umlageverfahren durch die Energielieferanten zukommen, sind eher vorsichtige Schätzungen, die sehr schnell von der Realität überholt sein werden.

Mit Blick auf das Wohl der Bürger in Thüringen und die weitere Entwicklung der Wirtschaft wiederhole ich daher meine Bitte, werden Sie Ihrer Verantwortung als gewählte Landesregierung gerecht und stimmen Sie diesem Entwurf im Bundesrat nicht zu.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Klaschka
Bundestagsdirektkandidat der FDP im Wahlkreis 189